



# HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2006

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion**

### **betreffend wirksamer Schutz von Kindern vor Misshandlung und Verwahrlosung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung mit der so genannten "Operation sichere Zukunft" einer ganzen Reihe von Projekten und Institutionen, die sich dem Schutz von Kindern vor Misshandlung und Verwahrlosung widmen, die finanzielle Unterstützung ganz oder teilweise entzogen hat. Insbesondere sind die komplette Streichung der Mittel für die Erziehungsberatung, für die Spiel- und Lernstuben in sozialen Brennpunkten und für das Programm "soziale Stadt" sowie die einschneidenden Kürzungen bei Projekten gegen Gewalt an Kindern und die Förderung von Familienbildungsarbeit zu nennen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, das die oben genannten Projekte wieder mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstattet. Nur auf diesem Weg ist zu gewährleisten, dass präventive Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden können. Misshandlung und Verwahrlosung von Kindern sind oft Folge von materieller oder seelischer Not sowie von Überforderung der Eltern. Hilfe für Eltern und Kinder muss lange vor dem Aufkommen äußerlich sichtbarer Misshandlung und Verwahrlosung einsetzen. Hier könnte auch eine regelmäßige, kostenlos aufzusuchende Hilfe für junge Eltern nach der Geburt des Kindes eine Maßnahme sein, die geeignet ist, Gewaltausbrüche zu vermeiden.
3. Der Landtag ist ebenso wie die Bundesfamilienministerin der Meinung, dass eine Pflicht zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen allein kein Allheilmittel gegen Vernachlässigung und Verwahrlosung von Kindern darstellt. Eine frühzeitig einsetzende präventive Arbeit mit intensivem Kontakt zu gefährdeten Familien ist hier wesentlich effektiver.
4. Der Landtag warnt vor Bestrebungen, die lediglich auf eine landesweite Erfassung von Eltern mit "Erziehungsproblemen" setzen oder Ärzte gar von ihrer Schweigepflicht entbinden wollen. Eine Datenbank von Eltern mit "Erziehungsproblemen" verhindert keine Gewalt, die Verletzung des Vertrauensschutzes beim Arzt verhindert höchstens den Arztbesuch.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

**Fuhrmann**      **Eckhardt**  
**Habermann**    **Dr. Pauly-Bender**  
**Dr. Spies**      **Schäfer-Gümbel**